

ZUM VERHÄLTNIS VON REVOLUTION, NATION UND STAAT IN BELGIEN, DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

JÜRGEN ELVERT

Mit ihrem Nationalfeiertag gedenkt die Französische Republik alljährlich an die Revolution von 1789. Diese Revolution habe, so eine nicht nur in Frankreich weit verbreitete Einschätzung, Staat und Bürger untrennbar miteinander verbunden. Den Vorstellungen der Revolutionäre von 1789 entsprechend stellt der Staat die organisierte Form der Nation dar, als unteilbare Gesamtheit aller Bürger. Der Staat wird so zum Organisator des bürgerlichen Lebens, zu dessen Verwalter also, der bald nach dem Ende der Revolutionszeit wieder bestimmte Merkmale der monarchischen Verwaltung des *Ancien Régime* angenommen hatte, was weitere Revolutionen nach sich zog, man denke an 1830 oder 1848. Dennoch sollten bereits die Reformmaßnahmen, die unter Napoléon Bonaparte ergriffen wurden, nachhaltige Folgen zeitigen und auch heute noch spürbar sein, so zum Beispiel die Zentralisierung und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung als Charakteristika eines gesellschaftlich akzeptierten „Modells“, das die Umbrüche des 20. Jahrhunderts zu großen Teilen überdauerte. Kurzum: der 14. Juli taugte bei seiner Einführung als Nationalfeiertag und taugt offensichtlich auch heute noch zur Markierung des Ausgangspunktes der Entstehung des modernen französischen Staates. Seine alljährliche Würdigung erklärt den Staat zur Frucht der Revolution, zum Erbe der Revolutionäre. Die Revolution selber wird dabei allerdings dekontextualisiert und von ihren durchaus vorhandenen historischen Hypothesen wie etwa der Hinrichtung des Königs, dem Schreckensregime eines Robespierre oder dem andauernden wirtschaftlichen Chaos befreit. Der Tag selber wird zu einem Symbol erhoben, das für jene revolutionären Werte steht, die für eine große Mehrheit auch der heutigen Bürgerinnen und Bürger Frankreichs als Kernelemente ihrer nationalen Identität begriffen werden.

Damit jedoch erhält das Symbol zugleich den Charakter einer vielseitig verwendbaren Metapher, die die einen zur Kennzeichnung der Universalität der Menschenrechte schlechthin, die anderen als Tor zur vollendeten Organisationsform des Politischen an sich sehen. Der von der Revolution geschaffene Staatskörper sei die moderne Form des Politischen, er stelle eine zentrale Wegmarke auf dem Weg zur Vollendung des idealen Staatswesens dar, der sich von Philipp dem Schönen über Richelieu, Ludwig den XIV., die Revolution und Napoleon bis zur Republik kontinuierlich fortentwickelt habe. So argumentierte der ehemalige französische Bildungs-, Verteidigungs- und Innenminister Jean-Pierre Chevènement im Jahre 1996. Für ihn konnte der oftmals gepriesene Föderalismus zwar einige praktische Vorteile bieten, stellte letztlich aber doch bloß ein Überbleibsel unzulänglicher mittelalterlicher politischer Organisation dar. So habe sich der deutsche Staat, der, wenn auch in primitiver Form, bereits im Hochmittelalter und damit noch vor dem französischen real existierte, sich schon im 10. Jahrhundert in jenes Abenteuer gestürzt, von dem die ganze Epoche träumte: der Wiederherstellung des Römischen Reichs mit universellem Anspruch. Dieser Versuch freilich habe seine Kräfte überstiegen und schließlich den Staat, der ihn unternommen hatte, zerstört. Zurück sei ein Reich geblieben, das nur eine unvollende-

te Form der politischen Organisation war. Zeugnis und Frucht dieses Scheiterns sei die föderale Verfasstheit des heutigen Deutschland, wo sich die Zurückgebliebenheit der politischen Organisation auch auf die Konzeption der Staatsbürgerschaft auswirke: Deutschland, dem die Revolution von 1789 fehle, sei nie zur wirklichen Laizität vorgedrungen, weil das deutsche Bürgertum es versäumt habe, die Aufklärung, den zentralen Gedanken des 18. Jahrhunderts, zu Ende zu denken. Es sei bei einer konfessionellen Form von Aufklärung stehengeblieben, die es ihm nicht erlaube, den geistig-moralischen Rahmen zu verlassen, den die mittelalterliche territoriale Teilung vorgeben habe. Darum seien in Deutschland auch heutzutage noch hitzige Debatten wie die über das Kruzifix in den Schulen möglich, die einen Franzosen geradezu archaisch anmuteten.¹

Ein harsches Urteil fürwahr! Auch wenn es zweifellos eine Einzelmeinung ist, stammte sie doch aus der Feder eines prominenten Angehörigen der französischen politischen Elite. Offensichtlich hatte Chevènement bei der Abfassung seines Manuskripts dem bekannten Diktum Karl Marxs, Revolutionen seien so etwas wie die „Lokomotiven der Geschichte“, eine gewisse Bedeutung beigemessen. Dass es in der deutschen Geschichte der Neuzeit an solchen „Lokomotiven“ mangelt, ist eine in der deutschen wie internationalen Geschichtsschreibung verbreitete Annahme. So findet sich beispielsweise auch in dem Werk „Die Europäischen Revolutionen“ des renommierten New Yorker Revolutionsforschers und Sozialhistorikers Charles Tilly keinerlei Hinweis auf einschlägige revolutionäre Vorgänge in Deutschland, sieht man einmal von den Umbruchsjahren 1989/90 ab.² Offensichtlich hatte Jacques le Goff, der Herausgeber der in fünf europäischen Staaten gleichzeitig erscheinenden Buchreihe „Europa bauen“, in der auch das genannte Buch erschien, mit Tillys Befund keine Probleme, dem lediglich die Britischen Inseln und damit die Glorious Revolution von 1688, Frankreich 1789 und Russland 1917 eigene Kapitel wert waren. Darüber hinaus hatte er die Niederlande als das „Ursprungsland der bürgerlichen Revolution“ einschließlich der Trennung Belgiens von den Niederlanden, die Iberische Halbinsel, den Balkan und Ungarn sowie den Umbruch in Mittel- und Osteuropa der Jahre 1989-1991 in zwei Sammelkapiteln behandelt. Das Alte Reich, der Deutsche Bund oder das Deutsche Reich waren für ihn freilich revolutionsfreie Zonen.

Auch wenn dieser Befund den mit der europäischen Revolutionsgeschichtsschreibung einigermaßen vertrauten Leser eigentlich nicht überraschen kann, ist er letztlich doch erstaunlich ob seines bemerkenswert nonchalanten Umgangs mit der Historie. So widmete beispielsweise Thomas Nipperdey im ersten Band seiner in den 1980er und 1990er Jahren erschienenen Trilogie über die „Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts“ ein immerhin 80-seitiges Kapitel der „Deutschen Revolution von 1848/49“, die das zwar kurzlebige, aber doch durchaus demokratisch legitimierte Abenteuer eines deutschen Nationalstaats im Jahre 1848 begründet hatte.³ Überdies leitete Nipperdey den ersten Band seines Opus magnum mit dem ebenso lakonischen wie bemerkenswerten Satz: „Am Anfang war Napoleon“ ein, während der dritte Band, der den Zeitraum von 1866 bis 1918 behandelte, mit „Am Anfang war Bismarck“ begann. Von dieser Eingangs-

1 Le Monde Nr. 4920 vom 10.05.1996, Seite 10-11.

2 Charles Tilly: Die europäischen Revolutionen, München 1993.

3 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1998, S. 595-673.

sequenz ausgehend schlug Nipperdey den Bogen zurück zur Einleitung des ersten Bandes, die zwar nicht eine deutsche, aber immerhin eine Ikone der Französischen Revolution als Bezugsgröße nutzte und kurzerhand zum Ausgangspunkt auch der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts erklärte. Diese habe ihm, wie er gestand, viel Kritik und Spott insbesondere von Seiten der Strukturhistoriker eingebracht. So sei ihm u.a. vorgeworfen worden, eine personalistische Geschichtsauffassung nach dem Muster „Männer machen Geschichte“ zu betreiben. Viel lieber wäre es seinen Kritikern wohl gewesen, wenn er einleitend geschrieben hätte „Am Anfang war keine Revolution“.⁴ Kennern der deutschen Historikerszene der 1980er und 1990er Jahre war damit sofort klar, auf welchen Kritiker sich Nipperdey in erster Linie bezog, schließlich hatte Hans-Ulrich Wehlers These, dass es in Deutschland keine bürgerliche Revolution als Ergänzung und Konsequenz der industriellen Revolution gegeben habe und darin der „deutsche Sonderweg“ des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründet sei, seinerzeit für reichlich Gesprächs- und Diskussionsstoff „in der Zukunft“ gesorgt.⁵

Dabei ging es um nicht mehr und nicht weniger als den Versuch einer Erklärung, wie es zur nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland hatte kommen können und damit um ein Thema, das die deutsche und internationale Geschichtsforschung in den vergangenen fünf Jahrzehnten vielleicht mehr als irgendein anderes beschäftigt hat. Denn neben der Suche nach Spuren einer möglichen und letztlich verhängnisvollen Kontinuität in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hatte sich an der Frage nach der Besonderheit dieser Kontinuitätslinie im Kontext der gesamteuropäischen Geschichte eine der längsten Kontroversen der Geschichtsforschung entzündet, eine Kontroverse, die auch heute noch nicht beigelegt ist, sondern mit immer neuen Beiträgen und gelegentlich auch neuen Argumenten weitergeführt wird.⁶ Heute scheint das Verhältnis zwischen den Argumenten für und wider Sonderweg recht ausgeglichen zu sein; eine Reihe von Indizien rechtfertigt das Postulat, eine Vielzahl von Argumenten lässt es ungerechtfertigt erscheinen. Sowohl Anhänger wie Gegner der These benutzen oft und gerne einen dritten Aspekt zur Begründung ihres jeweiligen Standpunktes – den Hinweis auf das ausgeprägte „Sonderbewusstsein“ der Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, ein Bewusstsein, das sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickeln konnte und sich kurz nach Ausbruch des Ersten Krieges wohl auf seinem Höhepunkt befand, auch wenn es über 1918 hinaus noch weiterwirkte und durchaus auch Einflüsse auf die nationalsozialistische Weltanschauung ausüben konnte. In ihr verdichtete sich das „Sonderbewusstsein“ zu einem allgemein anerkannten Grundsatz, der bis 1945 keine Zweifel an der Sonderrolle des „Dritten Reiches“ mehr zuließ und darüber hinaus den

4 Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. II: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1998, S. 11 f.

5 Vgl. Dazu: Hans-Ulrich Wehler, *Das deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1973 u.ö.

6 Vgl. Dazu u. a.: Bernd Jürgen Wendt, „Sonderweg“ oder „Sonderbewusstsein? Über eine Leitkategorie der deutschen Geschichte im 19. und im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hg.), *Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen: Nationale Identität und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main usw. 1992, S. 111. Siehe auch: Helga Grebing, *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945. Eine Kritik*, Stuttgart u.a. 1986; ebenfalls: Gerhard Schreiber, *Hitler. Interpretationen 1923-1983*, 2., verb. u. durch eine annotierte Bibliographie f. die Jahre 1984-1987 ergänzte Aufl., Darmstadt 1988, S. 247. Zuletzt ausführlich: Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, Band 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000.

Nährboden schuf für einen moralischen und politischen Führungsanspruch im europäischen oder globalen Kontext.⁷ So gesehen, bestanden in der Tat nur Nuancenunterschiede zwischen dem Geibel-Zitat, dass „die Welt am deutschen Wesen genesen“ solle, und der ein halbes Jahrhundert später geäußerten Feststellung, dass den Deutschen „heute Deutschland und morgen die ganze Welt“ gehöre.

Dieses Sonderbewusstsein überschattete somit von Anfang an die Diskussion darüber, ob der Nationalsozialismus als Kontinuum oder Bruch in der deutschen Geschichte gesehen werden muss. Im Rahmen dieser Diskussion ist eine Fülle von Punkten untersucht und ausgewertet worden, die hier nur kurz angedeutet werden können. So wurde eben auch der Frage nachgegangen, ob es in Deutschland überhaupt eine „bürgerliche Revolution“ als Ergänzung und Konsequenz der „industriellen Revolution“ gegeben habe. Zweitens stand das Verfassungssystem des „deutschen Konstitutionalismus“ als eigenständige und weder mit westlichen noch mit östlichen Vorbildern vergleichbare Form auf dem Prüfstand der Forschung, die es auf seine parlamentarischen und demokratischen Elemente hin analysierte und das Ergebnis als Grundlage zur Festsetzung der Höhe der Hypothek benutzte, mit der es die Überlebenschancen der Weimarer Republik belastete. Drittens wurde dem gesamten Untersuchungszeitraum das Fehlen einer politischen Kultur attestiert, das die Herausbildung jener typisch deutschen „Untertanenmentalität“ begünstigt habe. Viertens lasteten die Anhänger der Sonderwegsthese dem Komplex Militär-Bürokratie-Junkertum sowie den „vorindustriellen traditionellen Eliten“ und ihrer demokratisch nicht kontrollierten Institutionen eine erhebliche Mitverantwortung für das letztliche Scheitern der Ausbildung eines modernen demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland an. Fünftens wurde geprüft, ob es der Gründergeneration von 1870/71 und ihren Erben gelungen war, die Folgen jenes im internationalen Maßstab zweifellos einzigartigen Zusammenfalls von verspäteter Nationalstaatsbildung, industrieller Revolution und sozialer Frage sozialverträglich auszugleichen, ohne die Strukturen des Staatsgefüges zu gefährden. Sechstens wurde in diesem Zusammenhang auch der Aspekt hinterfragt, inwieweit diese Spannungen zu einer Überhitzung eines – hier als gegeben angenommenen – aggressiven, expansionistischen und bereits früh mit völkisch-rassistischen und antisemitischen Elementen durchsetzten „Reichsnationalismus“ der „verspäteten Nation“ führten, zumal diese offensichtlich davon überzeugt gewesen war, bei der „Verteilung der Welt“ zu kurz gekommen zu sein. Siebtens wurde öfter auf den mangelnden politischen Führungswillen des liberalen, insbesondere des Bildungsbürgertums hingewiesen, was zu einer allgemeinen Entliberalisierung des öffentlichen Lebens seit den späten 1870er Jahren geführt habe. In diesem Zusammenhang wurde achtens der Frage nachgegangen, welche Rolle dabei mögliche Verwerfungen durch eine zu rasche wirtschaftliche Modernisierung im Rahmen eines – gleichfalls angenommenen – nach wie vor semiabsolutistischen Obrigkeitsstaates gespielt haben könnten.⁸

7 Dazu: Jürgen Elvert: *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur Europäischen Neuordnung (1918-1945)*, Stuttgart 1999, Kapitel 1.

8 Vgl. dazu auch die von Bernd Jürgen Wendt erstellte Übersicht über den Stand der Forschungsdiskussion, in: Wendt, *Sonderweg*, S. 114 ff.

All das wäre anders gekommen, wenn es denn in Deutschland eine erfolgreiche bürgerliche Revolution nach französischem Vorbild gegeben hätte, lautet der unterschwellig in diesen nur angedeuteten komplexen Erklärungsmodellen durchgehend mitklingende Vorwurf an die deutsche spätneuzeitliche Geschichte. Die Revolution, konkreter: die bürgerliche Revolution wird somit zum Dreh- und Angelpunkt der deutschen Staatswerdung im 19. Jahrhundert erhoben. Das erfordert zweifellos eine genauere Prüfung des historischen Sachverhalts, haben wir es doch hinsichtlich des Phänomens „Revolution“ in Bezug auf die deutsche Geschichte mit einer durchaus paradoxen Situation zu tun. Denn trotz des eben konstatierten vermeintlichen Fehlens einer bürgerlichen Revolution in Deutschland hat auch in der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mindestens eine Revolution stattgefunden. Das bestätigt zumindest indirekt auch Charles Tilly. Denn dieser hatte für seinen Revolutionsbegriff folgende Definition zugrunde gelegt: Die Revolution ist ein mit Gewalt herbeigeführter Machtwechsel innerhalb eines Staates, in dessen Verlauf wenigstens zwei bestimmte Gruppen miteinander unvereinbare Ansprüche auf die Macht im Staate stellen, während ein wesentlicher Teil der Bevölkerung, die gezwungen ist, sich den in diesem Staat geltenden Gesetzen zu unterwerfen, die Ansprüche jedes dieser Blöcke unterstützt.⁹ Das durch den revolutionären Akt an die Macht gelangte Regime muss die Macht für einen bestimmten Zeitraum in Händen halten, Tilly geht von mindestens einem Monat aus. Alle diese Kriterien treffen zweifellos auf die Revolution von 1848/49 zu, die auch in Deutschland für mindestens ein Jahr die bestehenden politischen Verhältnisse grundlegend veränderte. Schließlich sorgte sie dafür, dass sich ein demokratisch gewählter Verfassungskonvent an die Erarbeitung der demokratischen Verfassung eines deutschen Einheitsstaates machen und ein ebenso demokratisch zusammengesetztes Parlament mit dem Aufbau der Strukturen dieses ersten deutschen Staates befassen konnte. Sicher: Das Experiment Paulskirche scheiterte bereits spätestens im Jahre 1851, doch in diesem Zusammenhang sei zumindest vorsichtig daran erinnert, dass der Zweiten französischen Republik auch nur eine unwesentlich längere Lebenszeit beschieden war. Dennoch wird nur die Revolution von 1848/49 im Deutschen Bund als nicht vollwertig bzw. teilweise sogar als nicht-existent angesehen. Und, darüber hinausgehend, wurde und wird diese erklärte Nicht-Existenz als eine zentrale Begründung dafür genommen, dass die deutsche Geschichte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihren so speziellen Verlauf genommen habe.

Sicher könnte man nun einwenden, dass es in der französischen spätneuzeitlichen Geschichte nicht nur die eine Revolution von 1789 gegeben habe, an die der 14. Juli erinnert, sondern eine ganze Reihe, die sich von 1789 über 1830 und 1848 bis 1870 erstreckt, während es in Deutschland eben „bloß 1848“ gegeben habe und auch hier die „alten Mächte“ ebenso rasch wie erfolgreich zurückschlagen konnten.

Doch gilt Ähnliches nicht auch eine ganze Weile für Frankreich? Nach 1815 konnten sich die Strukturen des Ancien Regime rasch erholen, auch der „Bürgerkönig“ Louis Philippe erfüllte die Hoffnungen nicht, die das französische Bürgertum 1830 an seine Ernennung geknüpft hatte, die Zweite Republik existierte lediglich vier Jahre, während die Dritte Republik nur auf den Trümmern der Niederlage von 1870 errichtet werden konnte. In diesem Zusammenhang sei auch

9 Tilly, Revolutionen, S. 29 f.

die Frage erlaubt, wie sich die weitere Geschichte Frankreichs möglicherweise entwickelt hätte, wenn es siegreich aus dem Krieg von 1870 hervorgegangen wäre. Ohne dass ich den hier nur angedeuteten argumentativen Faden weiter verfolgen könnte, ist aus der heutigen Perspektive in Bezug auf die Bedeutung von Revolutionen für das deutsche wie französische Staatswesen und beider nationalen Identitäten festzuhalten, dass weder in der deutschen noch in der französischen Sicht den historischen Zusammenhängen und Kontexten besondere Bedeutungen beigemessen wird. In Frankreich konnte sich die Revolution zu einer mit variablen Inhalten besetzbaren Metapher entwickeln, in Deutschland wird zumindest von einem Teil der Historikerschaft die historische Relevanz der deutschen Revolution radikal in Frage gestellt und das mit durchaus nachhaltiger Wirkung für die internationale Geschichtsschreibung.

Es sind also weniger die historischen Fakten, die wirkungsmächtig wurden, sondern es ist die Rezeption und Wirkung derselben in späterer Zeit. Ein interessantes Beispiel dafür, welche Bedeutung dem Faktor „Revolution“ für die Ausprägung einer nationalen Identität und dem Selbstverständnis eines Staates besitzen kann, liefert Belgien, der dritte hier in den Blick zu nehmende Fall. Unbestreitbar ist die Gründung des belgischen Staates eine revolutionäre Tat gewesen, erwachsen aus einer Gegenreaktion gegen eine gezielte Niederlandisierung der Provinzen Limburg, Antwerpen, Ost- und Westflandern. Für die Niederlande bedeutete die Gründung den Verlust der südlichen Reichsteile und das Ende des burgundischen Traums, für die Belgier jedoch die Erfüllung lange gehegter nationaler Wünsche. Die Pariser Juli-Revolution hatte den Funken geschlagen, der schließlich am 25. August 1830 in Brüssel das revolutionäre Pulverfass zur Explosion brachte, bezeichnenderweise nach der Vorstellung einer nationalromantischen Oper, die offenbar nationale Sehnsüchte im Publikum erwecken konnte. Eine spontane Versammlung im Brüsseler Zentrum geriet außer Kontrolle, es kam zu Plünderungen und Brandschatzungen, Menschen verloren ihr Leben in Auseinandersetzungen mit Ordnungskräften. Tags darauf zerstörten Arbeiter und Arbeitslose Dampfmaschinen und Webstühle in Brüsseler Fabriken, die sie für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich machten, und plünderten Lebensmitteldepots. Ab dem 27. August kam es zu ähnlichen Aktionen in Lüttich, Verviers, Namur, Mons, Louvain und anderswo.

Das Bürgertum fühlte sich zunehmend bedroht und musste feststellen, dass die Regierung nicht mehr Herrin der Lage war. In verschiedenen Städten fanden sich Bürgerwehren zusammen und konnten erfolgreich Ruhe und Ordnung wiederherstellen. Jetzt fühlte sich das Bürgertum stark genug, um mit der Regierung über eine Rücknahme der Niederlandisierungsmaßnahmen zu verhandeln. Doch stattdessen entsandte der König Truppen nach Brüssel, wo es Ende September zu offenen Straßenschlachten zwischen königlichen Truppen und aufständischen Bürgerwehren und belgisch-nationalistischen Freikorps kam. Auf beiden Seiten waren bis Ende Oktober über 1200 Tote und tausende von Verletzten zu beklagen, bevor sich die Truppen zurückzogen und das Feld den belgischen Unabhängigkeitskämpfern überließen. Am 10. November bestätigte der frei gewählte Nationalkongress die am 4. Oktober ausgerufene Unabhängigkeit des belgischen Staates. Zwar beantragten radikale Republikaner im Nationalkongress die Proklamation der Republik, doch beschloss dieser stattdessen am 22. November 1830 die Errichtung einer parlamentarischen Monarchie mit überwältigender Mehr-

heit. Am 21. Juli 1831 legte Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha den Eid auf die belgische Verfassung ab.

Nach der Staatsgründung bestanden die Notwendigkeit und das Bedürfnis nach einer ideellen Legitimation und der Bildung einer eigenständigen belgischen Verständnisses des Nationsbegriffes. Verschiedene Modelle wurden entwickelt. Unter den bekanntesten Vordenkern einer belgischen nationalen Identität befinden sich Jean Baptiste Nothomb¹⁰, der Belgien den Charakter einer Nation zuerkannte, die seit dem 16. Jahrhundert nach Selbstständigkeit gestrebt hatte, um die *domination étrangère* zu überwinden. Der spätere Präsident der belgischen Akademie der Wissenschaften Étienne Constantin de Gerlache¹¹, der 1830, als Präsident des Nationalkongresses, an der Spitze der Delegation Prinz Leopold von Sachsen-Coburg die belgische Krone angetragen und dem neuen König den Eid auf die Verfassung abgenommen hatte, erklärte den Katholizismus zur Grundlage der belgischen Nation seit dem Burgunderreich Phillips des Guten, die Wallonen und Flamen eint und von Holland trennt. Dem deutsch-belgischen Historiker Gottfried Kurth¹² zufolge war der Wille zu gemeinschaftlichen Rechtsinstitutionen und konfessioneller Geschlossenheit das Fundament des belgischen Staates, Henri Pirennes¹³ umfassende und bis heute richtungsweisende Deutung der Grundlagen des belgischen Staates erklärte dessen Wurzeln politisch-voluntaristisch und historisch-traditionell, konstatierte einen Synkretismus der französischen und der deutschen Kulturen als eine echte Synthese ihrer Bestandteile. Damit war Pirenne zufolge die Zweisprachigkeit Voraussetzung für das belgische *sentiment national*, gleichzeitig definierte er das Großbürgertum als die politische Führungsschicht der Gesamtnation. Edmond Picard¹⁴ übernahm schließlich den Pirenne'schen Nationalbegriff für alle sozialen Schichten.

Bei dem belgischen 25. August 1830 handelt es sich somit in der Tat um eine veritable Revolution, im nationalen wie im europäischen Kontext. Sämtliche Indikatoren entsprechen auch dem Tilly'schen Revolutionsraster, der dieses Ereignis somit zu Recht in seine Gesamtdarstellung aufgenommen hat. Dennoch spielt der Faktor „Revolution“ im kollektiven belgischen Gedächtnis nicht die Rolle, die der Revolution in Frankreich beigemessen wird oder die die Geschichtsschreibung der vermeintlich unvollendeten Revolution in Deutschland beimessen möchte. Stattdessen wurde noch im selben Jahr der 21. Juli 1831, also der Krönungstag Leopolds I. zum nationalen Feiertag erklärt, der es bis heute geblieben ist. Diese Erfolgsgeschichte des belgischen Nationalfeiertages mag damit zusammenhängen, dass die restaurativen Kräfte in Belgien in den Folgejahren nicht die Kraft besaßen, die notwendig gewesen wäre, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Es mag auch damit zusammenhängen, dass sich die Schöpfer der belgischen Verfassung intelligenter anstellten als ihre französischen und deutschen Kollegen. „*Notre monarchie sera une monarchie républicaine*“ hatte es von vornherein in den Beratungen über die künftige Verfassung geheißt. Damit hat-

10 Jean-Baptiste Nothomb, *Essai historique et politique sur la révolution belge*, Bruxelles 1833, 2 Bde.; 4. Aufl. 1876.

11 Étienne Constantin de Gerlache, *Oeuvres complètes*. (I-III: *Histoire du Royaume des Pays-Bas 1814-1830*. 3e éd. augm.), Bruxelles 1859.

12 Gottfried Kurth, *La Nationalité Belge*, Bruxelles 1913 (3. Aufl. 1930).

13 Henri Pirenne, *Histoire de Belgique*, Bruxelles 1926.

14 Edmond Picard, *Contribution à l'histoire de la vie belge après 1830*. *Journal de mer d'un adolescent*, Bruxelles 1910.

te man offensichtlich den royalistischen wie den republikanischen Kräften im Lande genügend Rechnung getragen, so dass die belgische Geschichte im weiteren Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts – bei allen zweifellos vorhandenen Problemen und Schwierigkeiten – keine weiteren Revolutionen erlebte, die als Kristallisationspunkte einer überarbeiteten Nationalidentität hätten herangezogen werden können.

Das belgische Beispiel erinnert unmissverständlich daran, dass die Bedeutung, die dem Faktor „Revolution“ im kollektiven Gedächtnis der Nationen beigemessen wird, als das Ergebnis von Geschichtskonstruktionen zu verstehen ist, die vor dem Hintergrund bestimmter historischer Rahmenbedingungen und politischer Ziele erfolgen. Der 14. Juli wurde erst von der Dritten Republik als Nationalfeiertag anerkannt, die sich zur Trikolore als Nationalflagge bekannte und die Marseillaise zur Nationalhymne bestimmte.¹⁵ Die bewussten Bezüge zu 1789 waren in den 1870er Jahren immer öfter hergestellt worden, und nachdem am 14. Juli 1879 ganz Paris ohne behördliche Vorschriften mit Fahnen geschmückt und die Fenster der Häuser festlich illuminiert worden waren, hatte die Nationalversammlung reagiert und für das Folgejahr den 14. Juli als jährlichen nationalen Feiertag festgelegt. Dabei wurde bewusst offengelassen, ob damit an den 14. Juli 1789 als den Tag der Erstürmung der Bastille oder an den 14. Juli 1790 als den Tag des Föderationsfestes erinnert werden sollte. Das machte den Tag für Republikaner wie für Royalisten gleichermaßen akzeptabel und sorgte für die Nachhaltigkeit des Beschlusses bis zum heutigen Tag.

So gesehen, handelte es sich bei dieser Maßnahme um eine der nationalen Selbstvergewisserung, die unter dem Eindruck der Entstehung des kleindeutschen Reiches erfolgte. Es sollte ein bewusster Kontrapunkt zum Deutschen Reich gesetzt werden, das sich zeitgleich anschickte, ein ernsthafter Konkurrent im Kampf um die politische Führungsrolle in Europa zu werden. Dass sich eines Tages, nach den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, der 14. Juli zu einem Symbol des Sieges universeller Werte über die finsternen Mächte der Reaktion entwickeln würde, war aus der Perspektive des Jahres 1880 sicherlich nicht absehbar, ist aber vor dem Hintergrund der Erfolgsgeschichte dieser Werte über die des Konkurrenten auf der anderen Rheinseite erklärlich. Diese Erfolgsgeschichte sorgte unter anderem dafür, dass der 14. Juli zu einem Teil des transatlantischen Revolutionsdreiecks wurde, dessen andere Eckpunkte von der Glorious Revolution 1688 und vom 4. Juli 1776 gebildet werden.

Im Deutschen Reich hingegen war die Revolution von 1848 von vornherein aufgrund ihres Scheiterns diskreditiert. Dem Bürgertum war es nicht gelungen, seine politischen Vorstellungen umzusetzen, das blieb dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck vorbehalten, der die Reichseinigung quasi im Auftrage seines Monarchen als eines Repräsentanten der Restauration vornahm. Das Bürgertum arrangierte sich zum großen Teil mit diesem Reich, das schließlich auch genügend Entfaltungsmöglichkeiten bot, und bemühte sich stattdessen um eine eigene ideelle Legitimation. Diese freilich bezog sich auch auf „1789“, allerdings im Sinne eines Alternativkonzepts, dem man während des Ersten Weltkriegs die „Werte von 1914“ als bewusst anti-revolutionäre Werte entgegensetzte. Zwar endete dieser Versuch in einer weiteren Revolution, der des 9. November 1918, doch wurde durch sie ein Staatswesen geschaffen, das einer Mehrheit

15 Dazu: Winfried Schulze, *der 14. Juli 1789. Biographie eines Tages*, Stuttgart 1989, S. 227 f.

der Deutschen inakzeptabel erschien – die Republik von Weimar. Stattdessen bemühten sich nationale und nationalistische Kreise mit Erfolg darum, den 9. November 1918 durch eine weitere revolutionäre Tat zu vollenden. Dies geschah schließlich am 30. Januar 1933 mit der nationalsozialistischen Machtübernahme. Allerdings lehnten es die Nationalsozialisten von vornherein ab, sich in eine bestimmte revolutionäre deutsche Tradition stellen zu lassen. So versuchten sie beispielsweise, die Bezeichnung „Drittes Reich“ für ihren Staat zu unterdrücken. War es doch das „Dritte Reich“ gewesen, das die nationalkonservativen Intellektuellen der 1920er Jahre durch die Vollendung der Revolution des 9. November 1918 als eine nationale Revolution hatten errichten wollen. Auch nach dem Krieg gelang es den in einem freiheitlichen Staat lebenden Deutschen lange Zeit nicht, sich mit der eigenen bürgerlich-liberalen revolutionären Tradition auszusöhnen. Stattdessen wählte die Bundesrepublik den 17. Juni als Nationalfeiertag und damit den Tag eines weiteren gescheiterten Revolutionsversuchs. Erst in den 1980er Jahren schien eine Annäherung an „1848“ in Sichtweite, doch als westdeutsche Intellektuelle ernsthaft darüber zu diskutieren begannen, wurden sie von der Geschichte überrascht, als sie die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung schuf. So kann man hierzulande seit fast zwei Jahrzehnten mit dem 3. Oktober den vorläufigen Endpunkt eines revolutionären Prozesses, den Tag der Wiedervereinigung im Jahre 1990 feiern, der mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 begann.

Offensichtlich haben es die Deutschen schwerer mit „ihren“ Revolutionen als die Franzosen oder die Belgier, und doch sind alle drei Staaten nunmehr trotz – oder gerade wegen – der schweren historischen Hypotheken, die auf dem Verhältnis der Staaten zueinander lasteten, zu *cher voisins* in einer Europäischen Union geworden. Diese Erkenntnis schließlich führt zu der abschließenden Frage, ob man Revolutionen wirklich als Bausteine unserer Europäischen Union betrachten sollte. Ich gestehe, mir bereitet dieser Ansatz ein wenig Unbehagen. Aus historiographischer Sicht erscheinen die europäischen Revolutionen lediglich als Kulminationspunkte bestimmter historischer Prozesse, so ist die Emanzipation des Bürgertums ebenso wie die Anerkennung des Prinzips der Universalität der Menschenrechte nicht das Produkt von Revolutionen, sondern das Ergebnis humanistischen und aufgeklärten Denkens. Und vor dem Hintergrund der Ausprägung nationaler Identitäten sind Revolutionen im Sinne nationaler Geschichtskonstruktionen genutzt bzw. nicht genutzt worden. Sie dienten so im Sinne der Abgrenzung, nicht der Verbindung. Insofern hatten gerade die Belgier durchaus weitsichtig gehandelt, als sie bei der Konstruktion ihrer Nationalidentität das verbindende Element zwischen dem romanischen und dem germanischen Kulturraum betonten. Und so gesehen, war es richtig, in der Präambel des Vertrages für eine Verfassung für Europa ebenso wie im Vertrag von Lissabon an die Werte des Humanismus und der Aufklärung anzuknüpfen und nicht an bestimmte punktuelle Ereignisse, wie sie Revolutionen nun einmal sind.

Jürgen Elvert ist Professor am Historischen Institut der Universität zu Köln.

RÉSUMÉ

Cet article s'intéresse à la question du rôle des révolutions dans le développement de la conscience et de l'identité nationale en Allemagne, en Belgique et en France. Alors que la Révolution de 1789 demeure encore aujourd'hui un trait constitutif la conscience nationale française, l'absence supposée du phénomène révolutionnaire dans l'histoire allemande passa dans les années 1970 et 1980 pour être à l'origine d'une « voie particulière » (*Sonderweg*) allemande qui a mené directement du nationalisme allemand du XIXe siècle au national-socialisme. Cette vision de l'histoire a été largement révisée depuis, d'autant plus parce que l'expression « voie particulière » présuppose une sorte de « voie générale européenne » sur le plan historique, qui n'a pas non plus existé sous cette forme. Il y eut toutefois au XIXe et pendant la première moitié du XXe siècle une « conscience particulière » (*Sonderbewusstsein*) très largement répandue en Allemagne, qui attribuait volontiers aux Allemands et à l'Empire allemand fondé en 1871 un rôle de chef de file sur la scène européenne en raison d'atouts géopolitiques, économiques et culturels. A la veille de la Première Guerre mondiale, dans l'entre-deux-guerres et sous le national-socialisme, un modèle de pensée se développa dans le cadre de cette « conscience particulière », modèle qui opposait aux « valeurs de 1789 », c'est-à-dire aux valeurs de la Révolution française, les valeurs particulières allemandes « de 1914 » et qui par conséquent rejetait la Révolution française, les mouvements intellectuels et moraux qu'elle véhiculait ainsi que les avancées sociopolitiques qu'elle avait enclenchées. Dans l'entre-deux-guerres, sous le coup de la révolution du 9 novembre 1918, cette discussion s'intensifia de sorte que la République de Weimar, dont l'émergence est due à l'effondrement de l'Empire, fut rejetée par la droite antidémocratique en raison de ses racines révolutionnaires. Il faudra attendre les bouleversements en Europe de l'Est, déclenchés par les événements révolutionnaires entraînés par la chute du Mur le 9 novembre 1989, et incluant la réunification allemande, pour que les Allemands se réconcilient avec le phénomène de révolution.

Alors donc qu'en France les conséquences des révolutions de 1789 et 1989 exercent une influence indéniable dans la construction de la conscience nationale et des identités nationales – bien que pour des raisons diverses et à des degrés d'intensité divers –, l'origine révolutionnaire de l'Etat-nation en Belgique joue un rôle clairement minime dans la mémoire collective belge. L'Histoire apporte ici aussi une explication. La séparation de la Belgique d'avec le Royaume des Pays-Bas en 1830 fut certes un acte purement révolutionnaire qui, selon les principes du Traité de Vienne de 1815, n'aurait en réalité tout simplement pas dû arriver. C'est d'ailleurs pour cette raison que les décideurs politiques belges de l'époque ont délibérément brisé la logique révolutionnaire après la consolidation de l'Etat-nation à la fin des années 1830 et ont déclaré le 21 juillet, date du couronnement de Léopold Ier en 1831, jour de Fête nationale. La France, la Belgique et l'Allemagne d'aujourd'hui doivent par conséquent chacune leur forme actuelle à une révolution. Les Allemands comme les Belges n'ont certes pas inscrit ces événements au cœur de leur mémoire, choisissant plutôt des événements fédérateurs comme le couronnement ou le moment de la réunification. La France seulement se souvient au travers du 14 juillet de la Prise de la Bastille en 1789. Ce point de référence fut cependant adopté avec un recul de près de 100 ans, à une époque où

il s'agissait de conférer à la République une nouvelle conscience d'elle-même après la défaite de 1871.

SUMMARY

This contribution discusses the question of the significance of revolutions in the context of the development of national self-understanding and national identity in Belgium, Germany and France. Whereas still today the revolution of 1789 plays a really constitutive role for French national consciousness, in the 1970s and 1980s the supposed fact that such a revolution had not happened in Germany's history was considered the reason for Germany's "Sonderweg (lit. special path)", which was said to have led directly from 19th century German nationalism towards National Socialism. These days, this historic understanding has been mostly reversed, not at last also as the term "Sonderweg" assumes a kind of European historic "ordinary path", which has never been in this way. However, in the 19th century and the first part of the 20th century there was definitely a wide-spread "special consciousness" in Germany, which for reasons of geo-politics, economy and culture attributed to Germany and the German Reich, founded in 1871, a leading role on the European continent. On the eve of World War I, in the inter-war period and at the time of National Socialism a model of thought was developed in the context of this special consciousness, which contrasted the special German "values of 1914" to the "values of 1789", that is the values of the French Revolution, and thus consciously rejected the latter as well as the political-social development it had started. In the inter-war period, under the impression of the revolution of November 9th, 1918, this debate was even increased, as the Weimar Republic, which developed from the breakdown of the Empire, was rejected by the anti-democratic right wing, due to its revolutionary roots. Only the political change in Eastern Europe as a result of the revolutionary events following the fall of the Wall on November 9th, 1989, reconciled the Germans with the phenomenon of revolution.

Thus, whereas in France the consequences of the revolutions of 1789 and 1989 are clearly significant for the national consciousness and the national identity – if for different reasons and to a different degree – for Belgium's collective memory the revolutionary origins of the Belgium national state play clearly a minor role. Also this can be explained by history. Indeed, the secession of Belgium from the Kingdom of the Netherlands in the year 1830 was definitely a revolutionary act. According to the principles of the Vienna Order from 1815, it was absolutely impossible. Probably also for this reason, the responsible political decision makers in Belgium consciously cut the line of revolutionary continuity after the consolidation of the national state by the end of the 1830s and with July 21st declared the day Leopold I was crowned King of Belgium the national holiday. Thus, today's France, Belgium and Germany owe their current shape to a revolution in each case, however both the Germans and the Belgians did not make these events the centre of their memories but instead chose rather conciliatory events, such as the crowning or the time of reunification. Only in France, July 14th reminds to the storm on the Bastille in the year 1789. However, this point of reference was only

chosen almost 100 years after the events, at a time when it was about providing the Republic with renewed self-confidence after the defeat of 1871.